**Dekret
über die Beiträge der Gemeinden und der
Grundeigentümer an Bau sowie Unterhalt der
Bäche (Gewässerbeitragsdekret)**

Vom 22. Februar 1972

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 93 des Baugesetzes vom 2. Februar 1971¹⁾,

beschliesst:

I. Gemeindebeiträge an Wasserbau und Gewässerunterhalt

§ 1

¹ Die Gemeinden haben an die Erstellung neuer und die Korrektur bestehender Bäche (Wasserbau im Sinne von § 84 Abs. 1 und 2 des Baugesetzes) sowie an deren Unterhalt (Gewässerunterhalt im Sinne von § 84 Abs. 3 des Baugesetzes), sofern es sich um öffentliche Gewässer des Staates handelt, Beiträge zu leisten. Grundsätze

² Für die Kosten der Reinigung von Bächen im Sinne von § 90 Abs. 2 des Baugesetzes haben die Gemeinden allein aufzukommen.

³ Hinsichtlich Bau und Unterhalt von Entwässerungsanlagen in Zusammenhang mit Bodenverbesserungen gelten besondere Vorschriften.

§ 2

¹ Für die Beitragsberechnung sind beim Wasserbau die Gesamtkosten der Projektierung und Bauleitung, des Landerwerbs sowie der Bauausführung massgebend. Massgebliche Kosten

¹⁾ AGS Bd. 8 S. 125; der genannten Bestimmung entspricht heute § 122 des Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993, in Kraft seit 1. April 1994 (SAR 713.100).

² Über die ausgeführten Unterhaltsarbeiten werden auf Grund der Arbeitsrapporte vom Baudepartement ¹⁾ nach Beendigung der Arbeiten Abrechnungen erstellt und die Gemeindebeiträge erhoben.

³ Leistungen Dritter, insbesondere Beiträge des Bundes, werden von den Gesamtkosten vorweg abgezogen.

§ 3

Beitragshöhe

¹ Die Gemeinden leisten nach Massgabe der Verursachung, der Interessen und der finanziellen Leistungsfähigkeit im Sinne von § 91 Abs. 2 des Baugesetzes Beiträge von 20–60 %. Der Regierungsrat erlässt Richtlinien über die Abstufung der Beiträge.

² Würde eine Gemeinde infolge besonderer Aufwendungen für den Wasserbau, die auf die Bewältigung grosser Hochwasserspitzen oder besondere bauliche Schwierigkeiten zurückzuführen sind, durch den Ansatz übermässig belastet, so kann der Regierungsrat den Beitrag ermässigen.

³ Umgekehrt können die Beiträge der Gemeinden an den Wasserbau auf über 60 % angesetzt werden für Anlagen, die ihnen oder den Anstössern Sondervorteile bringen.

⁴ Beitragsverfügungen des Regierungsrates können innert 20 Tagen an den Grossen Rat weitergezogen werden.

§ 4

Besondere Aufwendungen

¹ Stellt eine Gemeinde aussergewöhnliche Anforderungen an Qualität oder Umfang des Wasserbaues oder Unterhaltes, so gehen die Mehrkosten ganz zu ihren Lasten.

² Beitragsverfügungen des Regierungsrates können innert 20 Tagen an den Grossen Rat weitergezogen werden.

§ 5

Grenzwässer

In Fällen, da der Bach die Gemeindegrenze bildet, werden die Gemeindebeiträge unter Berücksichtigung der Anstosslänge auf die interessierten Gemeinden verteilt.

¹⁾ Heute: Departement Bau, Verkehr und Umwelt

II. Beiträge von Grundeigentümern an Wasserbau und Gewässerunterhalt

§ 6

¹ Die Beiträge der Grundeigentümer gemäss § 92 des Baugesetzes dürfen gesamthaft nicht mehr als zwei Drittel des auf die Gemeinde entfallenden Kostenanteils für Bau- und Unterhaltmassnahmen an Bächen im Staatseigentum betragen. Grundsatz

² Hinsichtlich Beitragsplan, Zahlungspflicht, Fälligkeit und Sicherstellung gelten sinngemäss die Vorschriften der §§ 32 und 33 des Baugesetzes über die Grundeigentümerbeiträge an den Strassenbau.

§ 7

Bei Unterhaltsarbeiten kann der Beitragsplan vom Gemeinderat auch erst nach erfolgter Ausführung auf Grund der Abrechnung des Baudepartementes ¹⁾ erstellt werden. In diesem Falle ist der Beitragsplan spätestens innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Arbeiten öffentlich aufzulegen. Nachträglicher Beitragsplan bei Unterhaltsarbeiten

§ 8

Der Beitragsplan hat, soweit er rechtskräftig geworden ist, die Wirkung eines vollstreckbaren gerichtlichen Urteils. Wirkung des Beitragsplanes

III. Schlussbestimmungen

§ 9

Das Dekret über die Übernahme des Unterhaltes korrigierter Gewässerstrecken vom 18. Januar 1966 sowie die seither erlassenen Unterhaltsdekrete sind aufgehoben. Aufhebung bestehender Dekrete

§ 10

Dieses Dekret wird vom Regierungsrat in Kraft gesetzt. Inkrafttreten

Inkrafttreten: 1. Mai 1972 ²⁾

¹⁾ Heute: Departement Bau, Verkehr und Umwelt

²⁾ RRB vom 17. April 1972 (AGS Bd. 8 S. 249).